

Zustände verbessern? - Alle Menschen sollen gleiche politische und soziale Rechte haben - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sozialem Status und Geschlecht. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Abschiebung, rassistische Gesetze und Praxen können nicht verbessert, sondern nur verhindert und abgeschafft werden.

Sie sorgen dafür, dass Menschen rassistisch ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Rassismus liegt ihnen existenziell zu Grunde. Abschiebungen unmöglich zu machen und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist praktische Solidarität und ziviler Ungehorsam gegen institutionalisierte Rassismen. Wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen.

Für Legalisierung

Gegen Schubhaft und Abschiebungen

Gegen Rassismus und Ausgrenzung

Gegen die herrschende Ordnung

**FÜR EINE WELT OHNE
RASSISMEN UND SEXISMEN**



Do, 7. April 2005, ab 19:00 Uhr
Filmabend zum Widerstand gegen die Europäische Lagerpolitik
im Vekks, Zentagasse 26, 1050 Wien.
+ „No Lager – Nowhere“ (eine europ. Koproduktion, de/en, 39 Min.)
+ Clips zu verschiedenen Protesten gegen Schubhaft und Abschiebungen, mit denen mitunter Abschiebungen verhindert werden konnten
+ erste Bildern vom europaweiten Aktionstag am 2. April 2005.

Informationen im Internet:

www.no-racism.net
www.carava.net
www.noborder.org
www.deserteursberatung.at
www.nolager.org
www.nolager.de
www.no-camps.org

Gegen Schubhaft und Abschiebungen!
Treffpunkt: Sa 02. April 2005, 14:00 Uhr, vor dem Schubhäftn (PAZ) Hernalser Gürtel 6-12, 1080 Wien
Demo zum: Schubhäftn (PAZ) Rossauer Lände 7-9
Lärminstrumente mitbringen – die Gefangenen wollen uns hören!

Europaweiter Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht

Schon am 31. Januar 2004 fanden in mehr als 40 europäischen Städten Demonstrationen und Aktionen anlässlich des erstmals ausgerufenen internationalen Aktionstages gegen Abschiebelager und für die Legalisierung von papierlosen MigrantInnen statt.



Dieses Jahr wollen wir einen weiteren Schritt vorwärts unternehmen. Es sind alle europäischen Netzwerke und sozialen Bewegungen aufgerufen, sich an der Organisation eines zweiten europaweiten Aktionstages zu beteiligen. Der Aktionstag wird mit seiner Forderung nach Bewegungsfreiheit und Bleiberecht eine Alternative zum europäischen Verfassungsprozess darstellen.

Wenn wir über den europäischen Verfassungsprozess reden, denken wir zuerst an materielle Dimensionen, das heißt an die Art und Weise, wie der

Integrationsprozess konkret in den letzten Jahren stattgefunden hat. Eine europäische StaatsbürgerInnenschaft ist im Entstehen, und wir müssen unsere Analyse auf die Art und Weise konzentrieren, in der die Grenzen dieser StaatsbürgerInnenschaft konstruiert und behandelt werden, und zwar sowohl in ihren externen als auch in ihren internen Dimensionen. Lager und Abschiebehäftn für MigrantInnen haben eine Schlüsselrolle in diesem Prozess gespielt und spielen sie immer noch. Obwohl sie in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Formen angenommen haben, sind sie eigentlich europäische Institutionen innerhalb eines vereinheitlichten Rahmens, der sich bis jenseits der Außengrenzen der EU erstreckt - mit Lagern vom Balkan bis nach Libyen und Marokko.

Schubhaft - Schubhaft ist eine Freiheitsberaubung, die ausschließlich „Fremden“ zuteil werden kann. Sie stellt keine Strafhaft oder richterlich verordnete Haft dar, sondern wird ohne Haftprüfung von der Verwaltungsbehörde ausgesprochen, um angeblich nötige Abschiebungen routinemäßig und ohne Probleme durchführen zu können. In Schubhaftgefängnissen, die sich meist in sogenannten Polizeianhaltezentren (PAZ) befinden, können Asylsuchende und MigrantInnen zur Zeit bis zu sechs Monate eingesperrt werden. Gerechtfertigt wird Schubhaft damit, dass Betroffene daran gehindert werden sollen, sich ihrer Abschiebung zu entziehen.

Viele Menschen werden in Schubhaft genommen, obwohl ihre Abschiebung gar nicht möglich ist.

Durch die Ausweglosigkeit der Situation sind Selbstmordversuche, Selbstverstümmelungen oder Hungerstreiks für viele die einzige Chance, der Schubhaft zu entkommen oder auf die Brisanz der eigenen Situation aufmerksam zu machen. Vor allem bei akut drohender Abschiebung ist Hungerstreik die einzige Möglichkeit.

Willkür ist bei der Erlassung von Aufenthaltsverboten an der Tagesordnung, Gründe wie „illegalisierte Einreise“, „illegalisierter Aufenthalt“, „Verstoß gegen das Meldegesetz“ oder ein Verstoß gegen die Strafgesetzzordnung sind ausreichend. Bis Ende November 2004 sind insgesamt 76.178 Aufenthaltsverbote, davon 29.848 wegen Mittellosigkeit und 16.463 wegen „Gefahr gegen die öffentliche Sicherheit“ aufrecht.

Asylgesetz - Mit diesem Aktionstag wollen Gruppen in Wien aber auch gegen das neue, in parlamentarischer Begutachtung befindliche Asylgesetz protestieren. Zahlreiche geplante Neuerungen sollen die ohnehin bescheidenen Rechte der MigrantInnen weiter beschneiden.

So ist etwa geplant die bisher geltende Schubhaftobergrenze von 6 Monaten innerhalb von 2 Jahren abzuschaffen. Einzige Einschränkung soll in Zukunft sein, dass nach einem halben Jahr jeweils im Sechs-Wochen-Abstand durch die Unabhängigen Verwaltungssenaten geprüft werden muss, ob die Betroffenen weiter in Schubhaft gehalten werden können.

Die Verhängungsmöglichkeit von Schubhaft soll erleichtert werden. Es soll „vorbeugend“ Schubhaft angeordnet werden, wenn einE straffällig gewordeneR MigrantIn während des Aufenthalts im Gefängnis einen Asylantrag stellt. Personen, die einen Folgeantrag abgeben, gegen die aber

bereits ein aufrechter Ausweisungsbescheid vorliegt, können ebenfalls in Schubhaft genommen werden. Eine massive und menschenrechtsverletzende Verschärfung bedeutet die geplante Zulassung von Zwangsernährung in der Schubhaft, um gegen Hungerstreikende vorzugehen.



Des Weiteren ist geplant, die Bewegungsfreiheit von AsylwerberInnen im Zulassungsverfahren erheblich einzuschränken. AntragstellerInnen sollen sich in Zukunft nur noch im Bezirk der Unterbringung aufhalten dürfen. Für Menschen, die in Traiskirchen untergebracht sind, würde dies bedeuten, dass sie den Bezirk Baden während dieser Zeit nicht verlassen dürfen.

Ein weiterer umstrittener Punkt stellt die Abschaffung des Verfassungsrechts auf Rechtsvertretung für AsylwerberInnen dar. Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes sollen amtliche Bescheide nur noch persönlich zugestellt werden. Bei negativen Bescheiden soll der/die AsylwerberIn sofort der Behörde vorgeführt und in Schubhaft genommen werden können. Der RechtsvertreterInnen sollen „parallel und unverzüglich“ über den Bescheid informiert werden.

Nach Kriminalisierungsversuchen von AsylanwätInnen im vergangenen Jahr ist nun geplant, diese Vorgangsweise des damaligen Innenministers nachträglich gesetzlich zu legitimieren. Hilfestellungen für Illegalisierte sollen zukünftig unter Strafe gestellt werden.

Soliparty für Abolishing the Borders From Below

EKH, Wielandgasse 2-4, 1100 Wien (U1 Keplerplatz, <http://med-user.net/ekh>)

20:00 Infoladen 10 Kino: "borderline south-east-europe" (Grenzfall Südosteuropa) "eine knapp einstündige doku über grenzen, eu-osterweiterung, roma - aus der perspektive der menschen, denen wir auf unserer reise begegnet sind." (AK Kraak, 60 min, dt/engl)

21:00 Präsentation der Zeitschrift Abolishing the Borders from Below, dem anarchistischen Kurier aus Oseuropa, <http://abb.hardcore.it>

22:00 Konzert mit: Sangre de Cristo, Ad Acta (beide SK) + Nie Geprüft (Wien)